


Parlamentskorrespondenz Nr. 253 vom 10.03.2017

Themenfelder: Bildung/Parlament allgemein/Parlamentarismus
 Format: Plenarsitzungen des Nationalrats
 Stichworte: Parlament/Bildung/Jugendparlament

Jugendparlament: Förderung von Interessen und Talenten im Unterricht

SchülerInnen debattieren in einer fiktiven Nationalratssitzung zur autonomen Unterrichtsgestaltung

Wien (PK) – Im Plenum des Jugendparlaments konnten heute Jugendliche ihre Positionen zur autonomen Unterrichtsgestaltung vertreten. Die Debatte im Nationalratssaal bildete den Abschluss des fiktiven Gesetzgebungsprozesses rund um eine Änderung des Schulunterrichtsgesetzes, mit der Schulen mehr Autonomie gegeben werden soll. Zudem wurden einige Entschließungsanträge eingebracht, mit denen die Jugendlichen Vorschläge für eine bessere Gestaltung des Unterrichts machten. Das fiktive Gesetz zur Schulautonomisierung beschlossen die 110 SchülerInnen aus fünf Schulen in Tirol und der Steiermark einstimmig.

Diskussionen und fiktive Entschließungsanträge zur Schulautonomie

Das "Schulautonomiegesetz" umfasst eine Änderung des Schulunterrichtsgesetzes, die eine autonomere Unterrichtsgestaltung in den Schulen ermöglichen soll. Die Gesetzesvorlage sieht vor, dass der Unterricht ab der 5. Schulstufe in verpflichtende Kernbereiche und frei wählbare Wahlmodule gegliedert wird. Die Kernbereiche dienen dabei vor allem einer umfassenden Grundbildung, während die Wahlfächer im selben Stundenumfang die Autonomie der SchülerInnen stärken sowie ihre Interessen und Talente fördern soll.

Bereits in den fiktiven Ausschusssitzungen vor dem Plenum hatten sich die vier Klubs des Jugendparlaments darauf geeinigt, die Fächerwahl erst ab der 7. Schulstufe durchzuführen. Skepsis zeigten die Jugendlichen darin, der Schulleitung die alleinige Unterrichtsorganisation zu überlassen, weshalb der Schulgemeinschaftsausschuss, die Eltern und die Schüler stärker miteinbezogen werden sollen.

Die Abgeordneten des Jugendparlaments sahen in einigen Punkten noch weiteren Handlungsbedarf. Die Klubs brachten deshalb während der Plenarsitzung insgesamt sechs fiktive Entschließungsanträge ein. Die Anträge zu Freifächern ab der 5. Schulstufe, zu Informationsveranstaltungen für Wahlfächer, zur täglichen Sportstunde und zur Reglementierung der Gruppenzusammensetzung bei den Wahlfächern fanden im fiktiven Plenum ebenso Zustimmung, wie der Vier-Parteien-Antrag für die Einführung eines Lern-Buddy-Systems zur Nachhilfe. Lediglich der Antrag zu zeitgerechteren Schulfächern blieb in der Minderheit.

NR-Abgeordnete loben das politische Engagement der Jugendlichen

Die jungen "Abgeordneten" des Jugendparlaments wurden im gesamten Gesetzgebungsprozess von Nationalratsabgeordneten begleitet, die durchwegs das Engagement der SchülerInnen und die Zusammenarbeit unter den fiktiven Klubs lobten. Den Vorsitz im Plenum übernahm der steirische ÖVP-Bundesrat Ernst Gödl, der bei den Jugendlichen mit den Worten "Bringt euch ein!" um Unterstützung auch in Vereinen, NGOs und Gemeinden warb.

Dem schlossen sich Asdin El Habbassi (V) und Nikolaus Scherak (N) an, die beide die Bedeutung des politischen Engagements schon im kleinen Rahmen betonten. Elisabeth Grossmann (S) zeigte sich von der Überarbeitung des ursprünglichen Gesetzesentwurfes positiv überrascht und Martina Schenk (T) entdeckte in allen Klubs des Jugendparlaments politische Talente. Julian Schmid (G) versprach, die Anträge der Jugendlichen auch ins Parlament zu bringen. Auch von Seiten der SchülerInnen kamen durchwegs positive Rückmeldungen sowie Dank für die Zusammenarbeit unter den fiktiven Klubs. Ein Schüler freute sich zu sehen, wie ein Gesetz sich "von einer Raupe in einen Schmetterling entfalten" kann.

Informationen zum Jugendparlament finden sich auf der Website www.reininsparlament.at. Darüber hinaus ist die Demokratiewerkstatt des Parlaments auch über auf Facebook unter www.facebook.com/demokratiewebstatt erreichbar. (Schluss) see

HINWEIS: Fotos vom Jugendparlament vom 9. und 10. März 2017 finden Sie nach der Veranstaltung auf der Website des Parlaments unter www.parlament.gv.at/SERV/FOTO/ARCHIV.